



Medien-Information

2. Oktober 2013

Länder-Verkehrsminister verabschieden Vorschläge zur Infrastrukturfinanzierung VMK-Chef Meyer: „Ein solider Werkzeugkasten für die künftige Bundesregierung“

BERLIN. Angesichts massiver Verkehrsprobleme durch Verschleiß und einer Finanzierungslücke von jährlich rund 7,2 Milliarden Euro für den Erhalt und Betrieb von Straßen, Schienen und Wasserwegen haben sich die Verkehrsminister der Länder heute (2. Oktober) in Berlin auf ein Vorschlags-Paket zur nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland verständigt. Das insgesamt 14 Punkte umfassende Papier (siehe Anlage) war in den vergangenen Monaten von einer Experten-Kommission unter Leitung des ehemaligen Bundesministers Kurt Bodewig erarbeitet worden und beruht auf einem umfassenden Konzeptdokument.

Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Reinhard Meyer, Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz (VMK), bezeichnete das Papier als einen soliden Fahrplan für die künftige Bundesregierung und damit auch als gute Grundlage für die anstehenden Koalitionsverhandlungen im Bereich Verkehr: „Es geht uns dabei um mehr als nur zusätzliche Mittel für Verkehr. Es geht um einen Weg, wie wir unsere Grundlagen von Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Mobilität sichern und den seit Jahren andauernden Vermögensverzehr durch mangelnde Instandhaltung von Straßen, Schienen, Brücken oder Kanälen endlich stoppen können“, sagte Meyer.

Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer machte deutlich, dass sich Bund und Länderminister im Grundsatz einig seien: „Wir brauchen dauerhaft mehr Geld für Infrastruktur – und ein klares Bekenntnis zum Standort Deutschland. Die Kommission setzt in dieser Hinsicht wichtige Impulse. Aus dem vorgelegten Instrumentenkasten kann sich die künftige Bundesregierung bedienen“, so Ramsauer.

Nach den Worten von Meyer schlagen die Verkehrsminister vor, in einem ersten Schritt jährlich 2,7 Milliarden Euro für die nachzuholenden Sanierungsprojekte in einem Sondervermögen anzulegen. Auf diese Weise soll über 15 Jahre der Sanierungsstau von derzeit rund 40 Milliarden Euro bei Straßen, Schienen und Wasserwegen aufgelöst werden. In einem weiteren Schritt sei vorstellbar, die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen auszuweiten, was ebenfalls jährlich rund 2,3 Milliarden Euro an finanziellem Spielraum erbringen würde. Als weitere Handlungsoption für die künftige Bundesregierung schlagen die Länder-Verkehrsminister nach den Worten von Meyer unter anderem auch eine Ausdehnung der Lkw-Maut auf das nachgeordnete Netz vor, beginnend mit den Landesstraßen.

Nach den Worten von Thüringens Verkehrsminister Christian Carius, der die Vorschläge der unionsgeführten Verkehrsministerien koordiniert, plädiert die Verkehrsministerkonferenz unter anderem auch dafür, aus den Steuereinnahmen des Verkehrsbereichs wie beispielsweise der Kfz-Steuer und der Mineralölsteuer deutlich mehr Gelder für Straße und Schiene bereitzustellen. „Nur über den Weg eines Infrastruktur-Sondervermögens werden wir die gewaltigen Sanierungsmaßnahmen in Deutschland schultern und damit endlich Erhalt und Sanierung wieder dauerhaft und verlässlich finanzieren sowie Neu- und Ausbaumaßnahmen in den Blick nehmen können“, so Carius.

Wie VMK-Chef Meyer abschließend sagte, sei – unabhängig von der Frage, welche Optionen die künftige Bundesregierung auch wählen wird – der Erfolg des Konzepts vor allem von der Transparenz des weiteren Vorgehens abhängig: „Wir werden alle gemeinsam nur dann die Herausforderungen meistern, wenn die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass das Geld, was beispielsweise über die Mineralölsteuer für die Infrastruktur kassiert wird, auch wirklich zweckgebunden dem Erhalt von Straßen, Schienenstrecken oder Wasserwegen zugute kommt.“